

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 313 / 2014

Kiel, Mittwoch, 9. Juli 2014

Umwelt / Düngeverordnung

Oliver Kumbartzky: Pauschale Obergrenzen in der Düngeverordnung sind nicht praxistauglich

In seiner Rede zu TOP 26 (Düngeverordnung des Bundes reformieren) erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Der vorliegende Antrag ist ein für diese Koalition typischer Schau-
fensterantrag. Die eigene Landesregierung wird aufgefordert, eine
Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. In dem vorlie-
genden Fall wird die Landesregierung gebeten, sich bei der Überar-
beitung der Düngeverordnung des Bundes für einen besseren Schutz
der Gewässer vor Nährstoffeinträgen einzusetzen. So weit, so gut.
Aber muss die Landesregierung dazu extra aufgefordert werden?
Und ist der Einfluss der SPD und insbesondere der ihres Fraktions-
vorsitzenden Dr. Stegner auf Bundesebene nicht so groß, dass es ei-
gentlich keines Landtagsbeschlusses bedürfe? Wie wäre es denn
endlich mal mit Taten statt warmer Worte in Anträgen?

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW heißt es: ‚Wir wer-
den im Dialog mit den Betroffenen vor Ort die Qualität der Oberflä-
chengewässer verbessern.‘ Da ist es also wieder, das Lieblingswort
der Koalition: Dialog. Und was sagen die Betroffenen? Auf dem Deut-
schen Bauerntag vor einigen Tagen wurde es deutlich: Pauschale
Obergrenzen werden abgelehnt. Und das mit guten Gründen. Denn
schließlich würden pauschale Obergrenzen in der Düngeverordnung
die hohen Erträge und die erreichte Qualität bei Gemüse und Brotge-
treide gefährden. Der Koalition sind die Argumente aber offensichtlich
egal.

Nahezu unscheinbar am Ende des Antrages wird die Katze aus dem
Sack gelassen. Die Koalition fordert einen fünf Meter breiten Gewäs-
serrandstreifen. Diese Forderung lässt wieder einmal Praxistauglich-

keit und Dialog vermissen. Sie reiht sich damit nahtlos in Punkte wie den Knickerlass oder das Dauergrünlanderhaltungsgesetz ein.

Wir möchten auch in Zukunft eine hohe Trinkwasserqualität im Land. Und ich denke, dass wir alle dieses Ziel teilen. An Änderungen in der Düngeverordnung führt kein Weg vorbei. Und das bestreitet auch niemand. Ich halte es auch für richtig, dass Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt über längere Sperrzeiten für die Düngerausbringung reden will. Allerdings warne ich vor einer Überregulierung, die am Ende dazu führt, dass die eigentlichen Ziele nicht eingehalten werden. Wir brauchen einen praxistauglichen und fachlichen Ansatz und keine Pauschalierungen. Die Forderung der Landwirte, dass Kreisläufe auch künftig mit organischem Dünger aus dem eigenen Betrieb geschlossen werden, ist nachvollziehbar.

Der Nährstoffbedarf der landwirtschaftlichen Kulturen muss der Maßstab der Düngung bleiben. Schließlich brauchen wir auch in Zukunft einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Ackerbau.

Die Koalition meint aber zum wiederholten Male, alles besser zu wissen, und von Dialog ist sowieso schon lange keine Spur mehr. Anstatt Nitrataktionsprogramme zu fordern, sollte sich die Koalition vorher lieber selbst mal ein Aktionsprogramm gegen Bevormundung auferlegen und zum wirklichen Dialog zurückkehren. Arbeiten Sie endlich für sowie mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie.“